Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 26. **Mittwoch** den 26. Januar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die miethfreien Abtheilungen Nr. 3, 8, 11 und 17 sofort gegen einmonatliche Kündigung anderweit an die Meistbietenden vermiethet werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf

Sonnabend, den 29. d. M., Vormittags 11 Uhr,

an Rathsstelle, Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 16, anberaumt.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Vorsaale ebendaselbst eingesehen werden.

Leipzig, den 12. Januar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Holzauction.

Mittwoch, den 2. Februar c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 27 und 30

ca. 450 haselne Knüppel für Brauereien,
6 Raummeter eichene Nutzscheite,
387 Rmtr. eichene, 20 Rmtr. buchene, 17 Rmtr. rüsterne und 4 Rmtr. ellerne Brennscheite

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der Schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 21. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Holz-Auction.

Donnerstag, den 3. Februar dieses Jahres
sollen im **Forstreviere Rosenthal**

I. **von Vormittags 9 Uhr ab, gegen die übliche Anzahlung**
13 eichene,
1 rüsterner und } **Nutzklötze** und
1 eschener

II. **von Vormittags 10 Uhr an, gegen sofortige Baarzahlung**
4 Raummeter eichene **Nutzscheite,**
63 Raummeter eichene, 2 Raummeter buchene,
2 Raummeter ellerne und 2 Raummeter birkene **Brennscheite** sowie
eine Anzahl **Abraumhaufen** und
50 klein gemachte **Wurzelhaufen**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr für das Nutzholz und 10 Uhr für das Brennholz, an der Waldstraßenbrücke am Rosenthale.

Leipzig, am 22. Januar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 26. Januar.

Die Zunahme der Anarchie in Irland und das immer klarer werdende Auftreten Parnell's haben endlich zu Wege gebracht, daß im englischen Parlament alle staatserhaltenden Kräfte sich zusammengefunden haben, um die irische Zwangs- und Schutzbill nach Möglichkeit zu fördern. Parnell scheint vor Nichts mehr zurückzuschrecken. Er erklärte im Unterhause frank und frei, die fenische Erhebung in Irland stünde vor der Thür, um über England alle Schrecknisse des Bürgerkrieges heraufzubeschwören. „Die Austreibung aller englischen Gutsbesitzer aus Irland habe für ihn — bemerkte er höhnisch — den Zweck, Irland auf einem natürlichen und friedlichen Weg, ohne Umwälzung und ohne Waffengewalt, zur Erringung eines eigenen Parlaments zu verhelfen; sollten jedoch Umstände eintreten, welche eine gute Aussicht bieten, daß die volle Unabhängigkeit Irlands zu erlangen sei, so erachte er es für die Pflicht aller Irländer Das zu thun, was andere Völker für ihr eigenes Land gethan — nämlich, ihr Blut für diesen Zweck zu vergießen." Das Mitglied Dillon secundirte Parnell, indem er für den Fall, daß man der Zwangsherrschaft der irischen Landliga mit einer Schutzbill entgegentrete, mit vermehrten Greueln und massenhaftem Morde drohte. Die Sprache der Häupter der Landliga klingt ganz wie von Regierung zu Regierung. Selbst ein Mitglied der Home-Ruler-Partei, Herr Gren, der Bürgermeister von Dublin, erklärte offen im Parlamente an, daß in Irland eine auf Umsturz gerichtete „Propaganda" vorhanden sei. Und, in der That, Pulver- und Dynamitexplosionen, Brandlegungen und Waffenraub verbreiten eine unheimliche Helle über diese von Parnell und seinen Helfershelfern geleitete Verschwörung, von der jedes Kind in England spricht. Die Regierung beginnt endlich die ganze Größe der Gefahr zu erkennen. Gladstone sprach schneidiger, als sein liberaler Doctrinarismus erwarten ließ, an den irischen Küsten sind Strandwachen errichtet worden, in den Gewässern, welche die Gestade der Grünen Insel umrauschen, kreuzen Wachtschiffe, um etwaige Landungen zu verhüten, und die nunmehr geschaffene Lage gleicht dem Kriegszustande wie ein Ei dem anderen. Selbst zwischen der Regierung und den Conservativen sind freundliche Beziehungen angeknüpft worden, es herrscht ein reger vertraulicher Verkehr, denn Englands Machtstellung und seine nationale Zukunft stehen heute auf dem Spiele. Auch zu Zwangsmaßregeln im Parlamente scheint man greifen zu wollen. In Regierungskreisen wird sogar die Frage erörtert, ob es nicht am Platze sei, die parlamentarischen Vollmachten der irischen Home-Ruler zu suspendiren und dem Ober- und Unterhause darauf bezügliche Vorlagen zu machen. Auch an die Wiedereinführung veralteter Bestimmungen wird gedacht, um die revolutionären Mitglieder des Parlaments durch Entziehung des Wortes und ähnliche Beschränkungen lahm zu legen. Es muß weit im Mutterlande des Constitutionalismus gekommen sein, daß heute Fragen von dieser Tragweite, daß Reformen, welche mit dem Geiste der englischen Verfassung fast unvereinbar sind, von beiden großen Parteien des Landes ernstlich discutirt werden können. Immerhin ist der Weg, welchen die irische Zwangs- und Schutzbill zurückzulegen hat, ein langwieriger. Die Adreßdebatte des Unterhauses ist am Donnerstag in erster und zweiter Lesung beendigt worden. Das Haus hat zunächst den Antrag (Dawson), das Stimmrecht in Irland mit demjenigen von England zu verschmelzen, verworfen; aus dem Grunde hauptsächlich, weil dieser Antrag ein Mißtrauensvotum gegenüber der früheren Zusage der Regierung enthielt. Darauf hatte ein irisches Mitglied (O'Kelly) unter dem Unwillen des Hauses, das seine Geschäfte rasch beendigen wollte, beantragt: „dem irischen Volke das verfassungsmäßige Recht auf Versammlungsfreiheit zu verbürgen". Der Antragsteller sagte: „ein solcher Ausspruch sei nöthig, da diese Freiheit in Irland jetzt bedroht sei, wie seiner Zeit unter Napoleon III. in Frankreich". Gladstone sträubte sich gegen den Antrag, worauf der Abgeordnete Thewlis sein Erstaunen darüber aussprach, daß seine irischen Landsleute offen tyrannisirt werden sollen. Forster, der Minister für Irland, erklärte, daß das Recht, öffentliche Versammlungen in Irland abhalten zu können, im Allgemeinen nicht beschränkt worden sei; habe doch die Landliga damit gewaltig, daß ihre Meetings von 2½ Millionen Menschen besucht worden seien. Der Antrag wurde mit 173 gegen 34 Stimmen, also mit einer imposanten Majorität, verworfen. Nach diesen weitschichtigen Vorberathungen ist endlich am Montag die Zwangsbill dem Unterhause vorgelegt worden. Man darf den Verhandlungen darüber mit größter Spannung entgegensehen und vom Parlamente erwarten, daß es das Land im Augenblicke der höchsten Gefahr nicht im Stiche lassen wird.

Bei der zehnjährigen Gedenkfeier der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches wurde in Marburg unter zahlreicher Betheiligung der Professoren der Universität bei dem S. C.-Commers dem Reichskanzler ein fulminanter Salamander gerieben und ein Glückwunschtelegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt. Die Antwort erfolgte in einem Handschreiben, welches folgendermaßen lautet:

Ich danke dem Senioren-Convent und den Herren Professoren verbindlichst für ihr freundliches Gedenken am gestrigen Tage. Unsere Universitäten sind in schwierigen und an Hoffnung armen Zeiten dem nationalen Gedanken treu geblieben, sie haben ihn uns für günstigere Gelegenheit lebendig erhalten und entwicklungsfähig überliefert. Ihre heutige Begrüßung beweist mir mit den gleichartigen Kundgebungen anderer Universitäten, daß unsere nationalen Güter, wenigstens in der Schätzung der Jünger und der Pfleger der Wissenschaft, dadurch, daß wir einen großen Theil derselben wiederum besitzen, an Werth nicht verloren haben.

von Bismarck.

Viel Lärmen um nichts! Es bestätigt sich, daß die Stellung des preußischen Finanzministers Bitter einstweilen wieder für „gesichert" gilt, da die conservativen Finanzpolitiker z. B. nicht begierig sind, seine wenig beneidenswerthe Erbschaft anzutreten. Man ist sogar in conservativen Kreisen sehr ungehalten über den Angriff in verdeckten Laufgräben, den die „Kreuz-Ztg." noch neuerdings gegen Herrn Bitter fortführt. Aber wie die „Erschütterung" seiner Stelle zuerst in den Spalten dieses Blattes zu Aller Ueberraschung sichtbar wurde, ohne daß man in der conservativen Partei das Mindeste davon wissen wollte, so dürfte das hochkirchliche agrarische Blatt auch jetzt noch seine eigenen Gründe haben, aufzutreten wie es thut. Vielleicht baut man nur auf die alte Erfahrung, daß wenn Fürst Bismarck erst einmal von einer Sache oder Person den Eindruck hat, daß es „auch Nichts" damit ist, er nicht eher ruht, bis er den Anlaß seiner Erwartungen nach einer anderen Seite ausgeworfen hat. Jedenfalls aber hat man über Das, was in der gegebenen Lage von einem preußischen Finanzminister zu erlangen wäre, an der Stelle, von wo die Weisheit der „Kreuz-Ztg." kommt, eine etwas andere Ansicht als die Führer der parlamentarischen Fractionen. Man erinnere sich nur, daß schon in der Reichstagssitzung vom 22. Februar 1878 eine solche Differenz zu Tage trat, indem Herr v. Helldorf sehr vorsichtig um die Frage des Tabakmonopols herumging, für welches sich Herr v. Wedell-Malchow nachher sehr nachdrücklich aussprach. Abgesehen davon aber, ist es dem Reichskanzler keineswegs genehm, wenn die Conservativen in ihrem Eifer, wirklich einmal „die Geschäfte des Landes zu führen" (wie Herr v. Minnigerode sich ausdrückte), den Ideenaustausch mit ihrem Meister auf den politischen Markt bringen. Für den Abg. v. Rauchhaupt und seine Freunde mag es schon eine große Genugthuung gewesen sein, daß Fürst Bismarck in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses ihn durch ein sehr eifriges Gespräch auszeichnete, während Herr Bitter düsteren Antlitzes und mit gekreuzten Armen dem interessanten Vorgange zusah. Das sind allerdings nur Aeußerlichkeiten, die aber doch zur Beurtheilung der wahren Sachlage nicht umgangen werden dürfen.

Als Seitenstück zu dem jetzigen Antrage von Minnigerode, der ja demnächst Gesetz werden wird, dürfte die Anführung eines Antrages, den derselbe Abgeordnete mit Unterstützung der conservativen Fraction am 7. Februar 1879 eingebracht hat, nicht uninteressant sein. Der conservative Finanzpolitiker beantragte, die damals von der Budgetcommission des preußischen Landtages vorgeschlagenen Resolutionen mit der folgenden Erwägung abzulehnen: „In Erwägung, daß eine im Wege der Quotisirung herbeizuführende Herabminderung der Richterhebung der classificirten Einkommensteuer einer gesunden Finanzpolitik nicht entspricht, weil dadurch das mobile Capital einseitig erleichtert d. h. befreit werden würde, während gleichzeitig Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer unverändert zur Forterhebung gelangen, und in Erwägung, daß die zum Wohle des Deutschen Reiches und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches bestimmt sein muß, vorweg die Matricularbeiträge zu beseitigen und durch die darüber hinaus für Preußen sich ergebenden Ueberschüsse einmal das Gleichgewicht der zur Zeit an einem Deficit krankenden preußischen Staatsfinanzen dauernd wieder herzustellen, und weiter die Steuerlast der Communen d. h. Communalverbände durch finanzielle Beihülfen zu erleichtern."

Die Frage der zweijährigen Budgetperioden beschäftigte am Montag das preußische Abgeordnetenhaus. Zunächst kamen zwei kleine Nachtragsetats zur Verhandlung, deren Einbringung dem Abgeordneten Rickert Gelegenheit gab, auf das Unzweckmäßige des dem Bundesrathe aufs Neue vorliegenden Antrags auf Einführung zweijähriger Budgetperioden hinzuweisen. Die Frage wurde auch in den folgenden Reden mehrfach behandelt; Abg. Windthorst erklärte, daß der Vorschlag zweijähriger Budgetperioden „ernste Erwägung" verdiene, daß aber das Centrum, so lange der Culturkampf dauere, dafür nicht stimmen könne. Abg. Virchow hob die Unzweckmäßigkeit der jetzt herrschenden Gewohnheit hervor, den Landtag vor dem Reichstag tagen zu lassen.

Die seit Austritt der Secessionisten in allen Fragen einmüthige Haltung der nationalliberalen Fraction erregt selbstverständlich den Unmuth aller derjenigen Politiker, welche bisher mit Vorliebe die Partei als wankelmüthig und in sich gespalten darzustellen liebten. Der einstimmige Beschluß, welcher gegen den Antrag Richter-Minnigerode gefaßt ist, kann nun nicht angezweifelt werden; er besteht einmal, gewiß zum Aerger Derjenigen, welche mit Herrn Bitter den Wahlwettlauf mitzumachen beabsichtigen und im Grunde Nichts thun, als die Geschäfte desselben besorgen. Da dieser einmüthige Beschluß nun nicht anzugreifen ist, so wird die Methode befolgt, die Sache so darzustellen, als ob Herr von Bennigsen an diesem Beschluß nicht gern mitgewirkt habe. Anders kann man die solchen Zeitungsnotizen, Herr v. Bennigsen werde durch zeitweilige Abwesenheit an den Berathungen nicht theilnehmen, nicht verstehen. Man darf die Blätter, namentlich diejenigen der Fortschrittspartei, ersuchen, es endlich einmal mit ihrer Schilderung eines Zwiespalts in der nationalliberalen Fraction zu Ende gehen zu lassen. Seitdem eine Spaltung der Fortschrittspartei in einer Lebensfrage des preußischen Staates, der Stellung zu dem Windthorst'schen Antrag, offen festgestellt ist, sollte diese Partei ihre Aufmerksamkeit mehr ihrer eigenen mißlichen Lage zuwenden, als das Vorhandensein einer solchen unrichtiger Weise bei andern zu behaupten.

Officiöse Mittheilungen melden, daß ein Vorgehen in der Frage des Tabaksmonopols unmittelbar nicht beabsichtigt sei. Die gesetzgeberischen Vorarbeiten in dieser Richtung nehmen jedoch ihren ununterbrochenen Fortgang, so daß ein Vortreten mit einem vollständigen Gesetzesvorschlag in dem gegebenen Augenblick möglich wäre. Dringend erwünscht ist, daß endlich in diese Frage, welche über Jahr und Tag alle Welt beunruhigt, volle Klarheit komme.

Im Bereiche der Marineverwaltung sind nach officiösen Mittheilungen für die nächste Zeit einige größere Bauten in Aussicht genommen. Vor Allem wird mit der schon längst geplanten Errichtung einer neuen Marine-Akademie vorgegangen werden. Die Kosten des Baues, welcher auf dem alten Werftterrain in Düsternbrook bei Kiel aufgeführt werden soll, sind auf 1,640,000 Mark veranschlagt und ist eine erste Rate davon bereits im nächsten Marineetat in Ansatz gebracht. Außer dem Gebäude der Marine-Akademie soll auf demselben Terrain ein Chronometergebäude errichtet werden. Die anderen Bauplätze betreffen meist Artillerie- und Torpedodepots.

Der Reichstagsabgeordnete Stumm trägt sich mit der Absicht, seine parlamentarische Thätigkeit aufzugeben. Anlaß gab dazu eine Erklärung der königl. Bergwerksverwaltung, sie trete von einem Comité zurück, das sich die Bekämpfung socialdemokratischer Bestrebungen zur Aufgabe gemacht hätte." In diesem Comité hatte Herr Stumm erheblichen Einfluß gewonnen, auch war von ihm, wie bekannt, das Verbot ausgegangen, auf das „Neunkirchener Tageblatt" zu abonniren und Locale zu besuchen, in denen das angeblich socialistische Blatt ausliege. Herr Stumm sieht sich durch den Rücktritt der k. Bergwerksverwaltung als Gelirt an und hat in einem Aufrufe an seine Arbeiter das Verbot des Wirthshausbesuches zurückgenommen, seine Stellung gegenüber dem „Neunkirchener Tageblatt" dagegen aufrecht erhalten. In diesem Aufrufe bemerkt Herr Stumm, er werde nicht wieder in den Reichstag eintreten, sondern auf jede politische Thätigkeit für die Folge verzichten. Die „Entschließung" der k. Bergwerksbehörde ist, wie es heißt, auf einen „Befehl" des Herrn Ministers Maybach zurück zu führen.

Wir brachten schon die Nachricht, daß die griechische Regierung die bekannte Schuld von 2,600,000 Frcs. an den Prinzen Ludwig Ferdinand von Baiern in Pariser Wechseln bezahlt habe. Es scheint fast vergessen zu sein, daß es dem bekannten demokratischen Abgeordneten und Statistiker Kolb zu verdanken war, wenn nicht die bairische Staatscasse Jahrzehnte lang auf die Bezahlung dieser Schuld warten und den Zinsverlust tragen mußte. Als Derselbe im Jahre 1849 Mitglied der Kammer der Abgeordneten war und über das „griechische Anlehen" zu referiren hatte, brachte er es dahin, daß König Ludwig I., der ein Jahr zuvor die bairische Krone niedergelegt hatte, aus Privatmitteln die betreffenden 1,600,000 Gulden an die Staatscasse zurückzahlte.

In der württembergischen Kammer der Standesherren ist vor einigen Tagen auch das Reichsgesetz über den Strafvollzug, das seit Jahren in Vorbereitung ist, zur Sprache gekommen. Der Fürst von Hohenlohe-Jagstberg hatte sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Landesgesetzgebung die Anwendung der Prügelstrafe für eine gewisse Classe von Verbrechen und Vergehen nicht mehr gestatte. Darauf antwortete der Chef des Justizdepartements, Geheimrath von Faber, daß die körperliche Züchtigung als allgemeine Strafart, welche für bestimmte Verbrechen und Vergehen anzudrohen wäre, bekanntlich Gegenstand der Reichsgesetzgebung sei, daß aber auch die Prügelstrafe als Zuchtmittel in den Strafanstalten nicht durch die Landesgesetzgebung einzuführen sei, da das Reich ein Strafvollzugsgesetz vorbereite. Ob dies Gesetz die Prügelstrafe erlauben werde oder nicht, war aus den Aeußerungen des Herrn v. Faber nicht zu entnehmen. Er persönlich schien indeß eine Verschärfung der Zuchtmittel durchaus nicht zu befürworten.

Bei der Berathung über die Frage der schweizerischen Landesbefestigung siegte das System Rothpletz, welches von der Idee ausgeht, die Schweiz werde niemals den Angriffen irgend einer Großmacht zwecks Eroberung ausgesetzt sein, sondern würde nur eventuell zum Durchzug und Angriff auf eine andere Großmacht benutzt werden, also genüge eine permanente Befestigung der innern strategischen Routen, um eine eindringende Armee längere Zeit festzuhalten. Die Befestigung der ganzen Landesgrenze durch Sperrforts wäre dann überflüssig. Die Armeen irgend einer benachbarten Großmacht würden in die Schweiz nur dann einfallen, wenn sie rasch durch die Schweiz hindurchkommen. Durch innere Befestigungen verlege man also jeder den Weg dazu.

Man schreibt uns aus Ungarn, 18. Januar: Während der Ministerpräsident Tisza laut und pharisäerhaft erklärt, es gebe keine Deutschenhetze in Ungarn, wird gegen das Gesetz der Hermannstädter Gerichtshof magyarisirt, was allerdings nur gegen die vogelfreien Sachsen gerichtet, also nur gerecht ist! Was aber in der Hauptstadt Ungarns geschieht, offen unter den Augen der Regierung, das ist wieder eine Deutschenhetze und empörend bis zum Aeußersten. „Für die Magyarisirung der Familiennamen" hat sich in Ofen-Pest eine Gesellschaft gebildet, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Regierung zur Abschaffung des Stempels zu bewegen, mit dem die Gesuche um Erlaubniß zur Magyarisirung versehen sein müssen. So soll die „Massenmagyarisirung" um so leichter vor sich gehen. An die Spitze dieser Bewegung hat sich Moritz Jokai gestellt, der mit dem Wunsch, daß sich jährlich Zehntausende „fremder" Namen magyarisiren mögen, sich bereit erklärt hat, Führer einer Deputation und Sprecher derselben zu sein beim Ersuchen an den Minister, erwähnten Stempel abzuschaffen. Ein hervorragendes magyarisches Blatt, der „Pesti Naplo", empfiehlt diesen Seelenschacher ebenfalls, denn „es sei eine massenhafte Magyarisirung der Namen nothwendig." Nur allein dadurch werde auch die innere Magyarisirung der Nichtmagyaren möglich. Besonders wird an die Juden und die Deutschen der Appell gerichtet, massenhaft überzutreten, sanft andeutend, daß gar große Vortheile damit verbunden sein könnten. Bezeichnend für die Unzurechnungsfähigkeit gewisser Kreise dieser Richtung ist, daß Blasius Orban den Minister interpellirte, ob er wisse, daß bei der Volkszählung auch eine Rubrik sei: welches ist die Muttersprache? wodurch Viele gehindert würden, sich als Magyaren einzutragen. Daß aber gerade in der Hauptstadt die Losung ausgegeben wurde, Deutsch dürfe man in diese Rubrik nicht schreiben, denn Deutsch sei keine Landessprache, sondern Oesterreichisch; ob der Minister Dieses weiß, darüber interpellirte Orban nicht.

Man spricht in München von einer Bewegung im diplomatischen Corps des heiligen Stuhles. Roncetti, Nuntius in München, würde nach Paris, Pallotti, gegenwärtig Substitut, nach Madrid, Czacki von Paris nach Petersburg versetzt werden. Bianchi, Nuntius in Madrid, soll den Cardinalshut erhalten, und Panici, Internuntius im Haag, nach München gehen und durch Mocenni ersetzt werden. Für den Posten Pallotti's spricht man von Galimberti oder Capri.

Die Kammerrede Gambetta's bietet der französischen Presse willkommene Gelegenheit zu chauvinistischen Aeußerungen. Sie erkennt darin gewissermaßen den Gipfelpunct des reorganisirten Frankreichs, wenngleich die autokratische Form derselben vielfach verspottet wird. Fest steht, daß die Kammer ihre lebhafte Zustimmung zu dieser Kundgebung ertheilt hat und daß sie allerdings geeignet ist, die über Gambetta's kriegerische Gelüste in Umlauf gesetzten Gerüchte zum Schweigen zu bringen. Der vielgenannte Friedenspassus hat den folgenden Wortlaut: „Sie haben diesen Weg zurückgelegt im tiefsten Frieden, sowohl im Innern als nach außen; und namentlich was die Aufrechthaltung des Friedens nach außen anbelangt, kann man sagen, daß Ihre Uebereinstimmung mit der Regierung und dem Staate durch Nichts erschüttert werden konnte, trotz aller Voraussagungen, die sich als unbegründet erwiesen. Die ganze Welt muß zugeben, daß unsere auswärtige Politik weder Geheimnisse zu verbergen hat, noch sich auf irgendwelche Abenteuer einläßt. Es ist dies eine Bürgschaft für den Bestand des republikanischen Staates, in welchem Alles von der nationalen und demokratischen Souveränetät abhängt, in der die würdige und kraftvolle Erhaltung des Friedens nach außen Mittel und Zweck des demokratischen Fortschritts ist." Es wird demnach nicht an Leuten fehlen, welche in Gambetta die Verkörperung des Revanchekrieges erkennen wollen, indem sie auf einen Zug von Verstecktheit und Wankelmuth in dem Charakter dieses Politikers hinweisen. Sei wie Dem wolle, in einer Republik wird der Krieg nicht so rasch beschlossen, wie in einem monarchischen Staatswesen mit einer kriegerischen Dynastie an der Spitze. Wir können uns daher diese Rede wohl gefallen lassen, indem wir der Zukunft anheimstellen, was nicht abzuwenden ist. Das heutige Frankreich ist friedfertig, das wissen wir gewiß und Gambetta wäre heute ein todter Mann, wenn der Ruf: A Berlin! von seinen beredten Lippen ertönte. Auch der Minister des Auswärtigen, Herr Barthelemy Saint Hilaire, läßt keinen Zweifel über die Ehrlichkeit seiner Friedenspolitik aufkommen. Der Präsident der Republik selbst, Herr Grevy, sprach sich neulich den Botschaftern gegenüber über diese Haltung Saint Hilaire's aus. Alle Gerüchte über eine Ministerkrisis in Paris sind damit schlagend widerlegt.

Weshalb ist die Republik der Firma Grevy & Gambetta nicht. Die Monarchie Ludwig's XVI. verbrauchte, wie eine Pariser Correspondenz hervorhebt, jährlich 500 Millionen, Napoleon I. rund 800, die Restauration behalf sich mit einer Milliarde, das Bürgerkönigthum brauchte anderthalbe Milliarde ordentlicher Ausgaben, das zweite Kaiserthum durchschnittlich 2600 Millionen; die dritte Republik braucht in zehn Friedensjahren je drei Milliarden ordentlicher Ausgaben und die übrigen Ausgaben des Landes haben sich in denselben Verhältnisse — nach dem Herzen Gambetta's — republikanisirt!

Die Rüstungen Griechenlands müssen als durchaus planlos bezeichnet werden. Man beschränkt die Bildung neuer Regimenter, ohne das Material an Waffen und Rekruten dazu zu haben, und läßt die Organisation eines irregulären Insurrectionscorps wild vor sich gehen, ohne an die völkerrechtlich gültigen Verpflichtungen des Landes zu denken. Im Wirklichkeit sind alle hellenischen Streitkräfte mobil und nichts steht aus als der Marschbefehl. Verhängnißvoll wäre es, wenn die Mehrheit der Albanesen mit den Griechen gemeinschaftliche Sache machte. Daß sich dieselben der bedeutenden Stadt und wichtigen Bahnstation Ueschküp bemächtigen konnten, von wo aus sie eine drohende Haltung gegen die Türkei einnehmen, beweist, wie sorglos und unachtsam die türkischen Behörden sind. Die Pforte wird ungesäumt Truppen nach Albanien werfen müssen, wenn sie nicht mit den Waffen ernstlich bekämpft sein will, die sie den Albanesen gegen Montenegro in die Hände gab. Am 27. tritt in Athen die Kammer zusammen. Sie wird zu wählen haben zwischen der Vermittelung und dem Frieden einerseits und zwischen dem Kriege und dem Ministerium Kumunduros andererseits. Der Letztere kann nicht mehr zurück, denn für den Cabinetschef sind die Würfel bereits gefallen.

Im englischen Parlamente wird die ganze Woche der irischen Frage gewidmet sein. Gestern (Dienstag) stellte Gladstone beantragen, daß alle anderen Gegenstände der Tagesordnung zurückgelegt werden, so lange die sogen. Coercitiv-Bill, d. h. der Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsmaßregeln für Irland, vor dem Hause ist. Telegraphisch wird uns aus London vom Dienstag gemeldet: „Daily Telegraph" erfährt, die Gesundheit Gladstone's sei geschwächt und stete Besorgniß ein."

Ueber die Lage in Serbien liegen heute telegraphische Meldungen vor. Wie der „Polit. Corresp." aus Belgrad berichtet wird, ist zum Vertreter der serbischen Regierung auf der im Berliner Vertrage in Aussicht genommenen Eisenbahn-Conferenz à quatre, deren Zusammentritt Mitte Februar in Wien erfolgen soll, der ehemalige Banken-